

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 3. und 4. März 2021, Lissabon, Portugal

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Einführung.....	2
III. Ablauf der Tagung.....	2
IV. Eröffnungssitzung.....	2
V. Verteidigung Europas: Die EU-NATO-Kooperation und der Strategische Kompass.....	3
VI. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.....	3
VII. Eine umfassende Strategie der EU mit Afrika.....	4
VIII. Schlusserklärung.....	5

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 18. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dietmar Nietan** (SPD), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter,

Abgeordneter **Thomas Erndl** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Christoph Neumann** (AfD),

Abgeordneter **Marcus Pflüger** (DIE LINKE.).

II. Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 18. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des portugiesischen Parlaments (portugiesische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2021) am 3. und 4. März 2021 in Form einer Videokonferenz statt. An der Konferenz nahmen 132 Delegierte aus 27 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie 19 Delegierte aus sechs Partnerländern (Albanien, Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und Vereinigtes Königreich) teil.

Aufgrund der deutschen Präsidentschaft im Europäischen Rat im zweiten Halbjahr 2020 ist der Deutsche Bundestag Teil der Troika der IPC GASP/GSVP (Deutschland, Portugal, Slowenien und EP). Die Troika-Sitzung dient der Präsidentschaft zur abschließenden Vorbereitung der Konferenz.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und drei weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Die Schlusserklärung der Konferenz ist in deutscher Übersetzung unter Punkt sieben dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird am 8. und 9. September 2021 auf Einladung des slowenischen Parlaments stattfinden.

IV. Eröffnungssitzung

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Präsident des portugiesischen Parlaments, **Eduardo Ferro Rodrigues**, die Delegierten und drückte seine Hoffnung aus, die Covid-19-Pandemie durch weltweites solidarisches Handeln bald überwunden zu haben. Es sei eine Frage der Menschenwürde, Impfstoff allen Menschen bereitzustellen. Des Weiteren begrüßte er die Rückkehr der USA als strategischen Partner Europas. **Marcos Perestrello**, Leiter der portugiesischen Delegation, stellte die Bedeutung Europas in der transatlantischen Verteidigungsarchitektur heraus und forderte die weitere Steigerung der Ausgaben für Verteidigung in Europa, um europäische Interessen besser durchzusetzen. Er unterstrich die Bedeutung Afrikas für eine friedliche und stabile Zukunft in Europa. Europa müsse sich für Stabilität und Wohlstand in Afrika einsetzen und dabei, ebenso wie bei den Beziehungen zu Russland und China, die Wahrung und Achtung der Menschenrechte miteinbeziehen. Der Vorsitzende des

Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, **David McAllister**, äußerte sich zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Weltpolitik. Er forderte mehr Solidarität und ein besseres Zusammenwirken aller Akteure, um die Auswirkungen der Pandemie erfolgreicher zu bekämpfen. Nur als geeintes und starkes Europa sei man erfolgreich und als geopolitischer Partner attraktiv. Besonders wichtig sei die Wiederbelebung der Zusammenarbeit mit den USA. Als Gastredner sprach **Jens Stoltenberg**, Generalsekretär der NATO, zu den Teilnehmern. Er attestierte der NATO und der EU eine gute Zusammenarbeit und begrüßte die Absicht der EU, ihre strategische Autonomie zu stärken, da dieses gleichzeitig eine Stärkung des transatlantischen Bündnisses sei. Somit werde auch der finanzielle Beitrag Europas zur NATO steigen und die Ungleichheit der Lastenverteilung zwischen den USA und Europa abnehmen. Parallel zur Erarbeitung eines strategischen Kompasses in der EU erarbeitet die NATO mit der Initiative 2030 eine zukunftsweisende NATO-Agenda. Darin sollen die Grundlagen des Bündnisses neu beschrieben und ein strategisches Konzept der kollektiven Verteidigung erarbeitet werden. Geopolitischen Herausforderungen könne man nur gemeinsam begegnen; dazu seien resiliente Gesellschaften und mehr politische Einheit notwendig. Er bat die Parlamentarier, sich in ihren nationalen Parlamenten für eine starke transatlantische Agenda einzusetzen.

V. Verteidigung Europas: Die EU-NATO-Kooperation und der strategische Kompass

Im ersten Sitzungsabschnitt zum Thema „Verteidigung Europas: Die EU-NATO-Kooperation und der strategische Kompass“ analysierte **João Gomes Cravinho**, portugiesischer Verteidigungsminister, die geopolitische Lage der EU und erläuterte Perspektiven zur Stärkung der Stellung der EU sowie Ansätze zur Lösung bestehender Krisen. Die EU müsse ihre Ziele klar formulieren, in der Lage sein, ihre demokratischen Institutionen zu schützen und auf komplexe Herausforderungen adäquat reagieren können. Er sprach sich aufgrund geopolitischer Konkurrenz, russischer Aggressivität und hybrider Bedrohungen für eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU aus. **Carles Fries**, stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Auswärtigen Dienstes, begrüßte die Bemühungen der USA, die transatlantischen Beziehungen zu stärken. Der strategische Kompass sei ein gutes Instrument zur Übernahme europäischer Verantwortung und zur Stärkung der Kooperation mit der NATO. Er sprach sich dafür aus, dass die EU in den Beziehungen zu den USA mehr Verantwortung übernehme. Dies könne durch eine verbesserte operative Einsatzfähigkeit Europas, durch Weiterentwicklung der Verteidigungsindustrien und damit verbundener besserer Ausstattung europäischer Armeen, sowie durch einen konstruktiven Sicherheits- und Verteidigungsdialo g mit den amerikanischen Partnern erreicht werden. Europa solle autonom agieren und gleichzeitig die Beziehungen zu den Partnern stärken. **Florence Gaub**, stellvertretende Direktorin am Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, warnte vor einem weiteren Erodieren der westlichen Werte und einer Aushöhlung des Multilateralismus. Derzeit beobachte Sie, wie die EU geopolitisch an Einfluss verliere. Beispielhaft nannte sie die Konfliktlösungssuche in der Ukraine, bei der die EU keine Rolle inne habe. Die Debatte um den strategischen Kompass der EU biete die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auf dem Weg einer notwendigen Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der EU mehr einzubeziehen. In der Diskussion unterstrichen die Delegierten die Bedeutung der Entwicklung des Strategischen Kompasses der EU und der neuen NATO-Strategie. Man begrüßte die Aussicht auf verbesserte transatlantische Beziehungen und war sich über die zur NATO komplementären Entwicklungen der Verteidigungsfähigkeiten der EU weitgehend einig.

VI. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde von **David McAllister**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, und **Sérgio Sousa Pinto**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des portugiesischen Parlaments, geleitet und diente dem Austausch mit dem Hohen Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Josep Borrell i Fontelles**. Dabei sprach sich der Hohe Vertreter für eine Stärkung des Multilateralismus aus und betonte die Notwendigkeit der strategischen Autonomie der EU. Europa müsse seine Widerstandskraft nach innen und außen und damit auch seine Partnerschaften stärken. Kurzfristig sei es jedoch das oberste Ziel, die Pandemie zu besiegen. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die europäische Solidarität mit ärmeren Ländern und berichtete über konkrete Hilfen bei der Impfstoffbeschaffung und Impfstoffverteilung an besonders arme Länder. Erst wenn die Pandemie weltweit eingedämmt sei, sei eine wirtschaftliche Erholung nachhaltig. Des Weiteren begrüßte er die positiven Signale aus den USA, die transatlantischen Beziehungen wiederzubeleben. Die EU müsse ihre Beziehungen zu ihren Partnern stärken, um multilaterale Lösungen für Probleme

zu finden und Standards zu setzen. Ein regelbasierter Rahmen und strategische Autonomie sicherten den Schutz der Bürger und die Handlungsfähigkeit der EU. Der strategische Kompass sei ein wichtiges Werkzeug, diese Ziele zu erreichen und somit die Resilienz sowie die Partnerschaften zu stärken. Die Beziehungen zu China seien von großen Unterschieden und Widersprüchen geprägt, und dennoch müsse die EU mit China einen konstruktiven Dialog pflegen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des EU-China-Handelsabkommens müsse dieses nun implementiert und umgesetzt werden. Darüber hinaus beabsichtige die EU-Kommission, einen Menschenrechts- und Wertedialog mit China zu etablieren. Bei den Beziehungen mit Russland müsse die EU die Einhaltung der Menschenrechte klar einfordern und dürfe auch vor weiteren Sanktionen nicht zurückschrecken. Weitere Themen waren das Abkommen zum iranischen Atomprogramm sowie die Lage in der Türkei und Libyen. In der Debatte wurden sowohl die aktuelle Situation in Belarus, im Nahen Osten und im Mittelmeerraum als auch die Beziehungen zu China und den USA sowie das Atom-Abkommen mit dem Iran angesprochen. Abgeordneter **Dietmar Nietan** sprach sich dafür aus, die strategische Autonomie der EU voranzutreiben und mahnte einen Menschenrechtsdialog mit China an.

VII. Eine umfassende Strategie der EU mit Afrika

Der dritte Sitzungsabschnitt wurde vom Vorsitzenden des EU-Ausschusses des portugiesischen Parlaments, **Luís Capoulas Santos**, geleitet. Der stellvertretende portugiesische Außenminister, **Francisco André**, berichtete von den Bemühungen der portugiesischen Ratspräsidentschaft, den EU-Afrika-Gipfel so bald wie möglich nachzuholen, um den strategischen Rahmen der Partnerschaft für das kommende Jahrzehnt zu definieren. Er nannte die Digitalwirtschaft das Rückgrat für Wachstum in Afrika. Durch einen Schuldenerlass und Hilfe bei den Impfkampagnen müsse die EU kurzfristig helfen und damit die Grundlage für die weitere Kooperation schaffen. **Jutta Urpilainen**, Kommissarin der EU für internationale Partnerschaften, erläuterte die Kernpunkte der EU-Afrika-Strategie. Die Partnerschaft mit Afrika berücksichtige die demografische Entwicklung beider Partner und zielen auf einen fairen und inklusiven Wirtschaftsaufschwung, der auf Frieden und Stabilität sowie Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung gründet. **Carlos Lopes**, Hoher Vertreter der Afrikanischen Union für die Partnerschaft mit Europa, hob die Bereiche Klima, Technologie und Demografie als die Kernbereiche der Partnerschaft zwischen beiden Institutionen hervor. Afrika sei ein historisch wichtiger Partner und heute der drittgrößte Handelspartner Europas. Er sprach sich für eine Freihandelszone in Afrika aus, als einen Schritt auf dem Weg zu einem notwendigen Freihandelsabkommen mit der EU. In der Debatte waren sich die Delegierten über die Bedeutung Afrikas für Europa besonders im Bereich Sicherheit, Handel, Energie und Migration einig. Die Partnerschaft mit Afrika müsse aus ureigenen, europäischen Interessen ausgebaut werden. Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** wies auf Widersprüche zwischen der EU-Afrika-Strategie und den Auswirkungen der Umsetzung des Green Deals hin, da bei der Substitution von fossilen Brennstoffen afrikanischen Volkswirtschaften enorme Einnahmen durch den Verkauf von Öl und Gas entgingen. Des Weiteren sprach er sich dafür aus, selbstbewusst die Partnerschaft mit Afrika zu stärken, um den expansiven Plänen Chinas etwas entgegenzusetzen.

Berlin, den 10. Juni 2021

Dietmar Nietan

Leiter der deutschen Delegation

VII. Schlusserklärung

18. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP), 3.-4. März 2021

per Videokonferenz

Erklärung der Ko-Vorsitzenden

Vorbemerkungen

Die 18. Interparlamentarische Konferenz (IPK) für die GASP/GSVP fand im Rahmen der parlamentarischen Dimension der portugiesischen Ratspräsidentschaft am 3. und 4. März 2021 statt. Aufgrund der fortwährenden COVID-19-Pandemie wurde die Veranstaltung zum zweiten Mal per Videokonferenz ausgerichtet. An ihr nahmen Abgeordnete aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament teil. Darüber hinaus nahmen Parlamentarier aus den EU-Bewerberländern und möglichen Bewerberländern sowie die europäischen Mitgliedstaaten der NATO, die nicht EU-Mitglieder sind, d. h. Albanien, Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und das Vereinigte Königreich, teil.

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 18. Interparlamentarischen Konferenz,

- heben hervor, dass die COVID-19-Pandemie nach wie vor wirtschaftliche, soziale, politische und – vor allem – geopolitische Folgen mit sich bringt, die sich zwangsläufig auf Kernaspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU auswirken werden. Wir betonen, dass das Sicherheitsumfeld der EU heute instabiler und unberechenbarer ist und derzeit eines der komplexesten und unwägbaren seit dem Ende des Kalten Krieges darstellt;
- sind der Auffassung, dass der globale Ausbruch der COVID-19-Pandemie im internationalen Umfeld ein *Game Changer* und Katalysator des Wandels in der weltpolitischen Ordnung ist. Wir betonen in diesem Zusammenhang die grundlegende Bedeutung der inneren Widerstandsfähigkeit der EU, der Entwicklung neuer Partnerschaften und der Stärkung der multilateralen Vision der EU in globalem Umfang. Wir begrüßen die *Team Europe*-Initiative und die *Coronavirus Global Response*-Initiative, die den Partnerländern bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie helfen;
- loben die beispiellose Entscheidung der Europäischen Kommission, Impfstoffe gegen COVID-19 zu beschaffen und zu verteilen, als bemerkenswertes Moment der Bekräftigung der europäischen Einheit;
- fordern, die Reaktion der EU rasch an diese neue geopolitische Realität anzupassen. Wir erinnern daran, dass die Europäische Union ein "Partner der Wahl" für Dritte ist, der vom Gedanken der Förderung der Demokratie und des Schutzes der Menschenrechte und Grundfreiheiten geleitet wird. Wir unterstreichen, dass die EU ein verlässlicher Akteur und Vermittler bei Konfliktlösungen ist, aber auch eine führende Rolle bei der Förderung multilateraler Rahmenbedingungen spielt. Wir begrüßen die Gemeinsame Mitteilung über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus;
- fordern den echten politischen Willen seitens der Mitgliedstaaten ein, die außenpolitischen Ziele der EU voranzutreiben und den Versuchen von Drittstaaten, die EU zu spalten, entgegenzutreten. Wir stellen fest, dass es nach wie vor großes, nicht ausgeschöpftes Potenzial bei der Verknüpfung und Integration aller Bereiche der *Hard Power* und *Soft Power* der EU gibt, um unsere Ziele in Bezug auf die GASP und GSVP zu erreichen;
- fordern den Präsidenten des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission und den NATO-Generalsekretär als Hüter der Gemeinsamen Erklärung von EU und NATO auf, die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO weiter voranzubringen mit dem Ziel, die Entwicklung von Fähigkeiten zu verbessern und zu Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen. Wir fordern den Hohen Vertreter

der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik auf, mit seinen Vorschlägen sicherzustellen, dass die im künftigen Strategischen Kompass vorgegebenen Richtungen der in den Verträgen anerkannten Rolle der NATO entsprechen. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, weitere Fortschritte in den Beziehungen zwischen EU und NATO zu ermöglichen und zu diesem Zweck Probleme im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch zu lösen, indem die Beteiligung von Nichtmitgliedern an den Aktivitäten beider Strukturen ermöglicht und die europäische und transatlantische Widerstandsfähigkeit auf umfassende Weise einbezogen wird;

- betonen die Notwendigkeit, den globalen Einfluss der EU zu stärken, unsere strategischen Bündnisse mit gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt zu konsolidieren und darüber hinaus unsere Kooperation auf Ad-hoc-Basis zu diversifizieren. Wir sind der Auffassung, dass es wichtig ist, die "strategische Souveränität" der EU zu stärken, um einen rascheren und effektiveren Entscheidungsprozess zu ermöglichen und die Kapazitäten auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten auszubauen und auf diese Weise eine vollwertige Verteidigungsunion zu etablieren und die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern;
- begrüßen die Gemeinsame Mitteilung "Erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum". Wir bekräftigen die strategische Bedeutung der südlichen Nachbarschaft der EU und die Notwendigkeit, politische, demokratische, soziale und wirtschaftliche Stabilität zu fördern und unsere Partner in der südlichen Nachbarschaft dabei zu unterstützen, die notwendigen Reformen voranzubringen und jungen Menschen in diesen Ländern neue Perspektiven zu eröffnen. Wir bekräftigen erneut, dass sich alle Akteure in der Region zur Fortführung des vorbehaltlosen Dialogs bekennen und auf einseitige Maßnahmen, die den Interessen der EU zuwiderlaufen und das Völkerrecht und die souveränen Rechte anderer Länder verletzen, verzichten müssen, insbesondere wenn dies die EU-Mitgliedstaaten betrifft. Wir weisen auf den Wert der parlamentarischen Diplomatie und die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten bei der Schaffung eines vertieften Dialogs, Engagements und einer vertieften Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der südlichen Nachbarschaft hin. Wir heben die Rolle hervor, die die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum unter dem aktuellen Vorsitz des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Stärkung der Ziele der Gemeinsamen Mitteilung spielen kann, wobei insbesondere Bezug auf die gemeinsamen Maßnahmen zum Schutz des Klimas und die erneuerten gemeinsamen Maßnahmen für ein ökologisch geschütztes und nachhaltiges Mittelmeer genommen wird. Wir unterstützen die Veranstaltung eines Gipfeltreffens zwischen der EU und unseren Partnern in der südlichen Nachbarschaft zwecks Förderung von Dialog und Zusammenarbeit bei der neuen Agenda für den Mittelmeerraum und deren Umsetzung;
- bekräftigen die Bedeutung der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn es sich um eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe handelt, die auf Eigenverantwortung und Solidarität und einer gemeinsamen Zukunftsvision aufbaut. Wir fordern eine echte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union mit dem Schwerpunkt auf stärkerer Kohärenz der politischen Maßnahmen der EU, einer ergebnisorientierten und transparenten Zuweisung von EU-Ressourcen und einem neu belebten politischen Bündnis, das über die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Zusammenarbeit hinausgehen muss, damit unsere Partnerschaft ihr Potenzial ausschöpfen kann. Die gemeinsame Arbeit bezieht sich auf fünf Trends: eine Partnerschaft für den ökologischen Wandel und Zugang zu Energie, eine Partnerschaft für Digitalisierung, eine Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze, eine Partnerschaft für Frieden, Sicherheit und gute Staatsführung sowie eine Partnerschaft für Migration und Mobilität. Wir heben hervor, dass ein wohlhabendes, friedliches und widerstandsfähiges Afrika ein grundlegendes außenpolitisches Ziel der EU ist, das insbesondere Multilateralismus, Frieden, Sicherheit und Stabilität, nachhaltige und inklusive Entwicklung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt stellen sollte. Wir unterstützen die Veranstaltung des EU-Afrika-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2021;

- äußern unsere Sorge darüber, dass einige Länder in der östlichen Nachbarschaft der EU in jüngster Zeit zu politischen und militärischen Krisenherden geworden sind und das erneute Auftreten machtbewusster regionaler Akteure erleben mussten. Wir erinnern daran, dass die Lage in der Region durch die COVID-19-Pandemie und deren wirtschaftliche und soziale Folgen verschärft wurde. Wir heben hervor, dass in vielen Bereichen zufriedenstellende Resultate erzielt wurden, allerdings weitere Fortschritte in Bereichen wie Justiz und Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Korruptionsbekämpfung und der Deoligarchisierung der Wirtschaft vonnöten sind;
- verurteilen entschieden die fortwährende Unterdrückung der demokratischen Kräfte und unabhängigen Medien in Belarus. Wir bedauern, dass das Lukaschenka-Regime ungeachtet der Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft den Belarussen weiterhin größtenteils ihre Grundrechte vorenthält und Vertreter der demokratischen Kräfte, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, zivilgesellschaftliche Aktivisten und unabhängige Gewerkschaftler verfolgt. Wir fordern das Regime auf, diese Unterdrückungsmaßnahmen zu beenden und einen echten nationalen Dialog zu akzeptieren, der zu einem reibungslosen Machtübergang führt. Wir bekräftigen unsere fortwährende und unbeirrbar Unterstützung für das Volk von Belarus in seinem mutigen Kampf um Achtung seiner Würde und Grundrechte;
- bekräftigen die Forderung nach einem erneuten Bekenntnis zu einer glaubwürdigen Erweiterungspolitik durch konsequente Integration der Westbalkanstaaten, sodass die Region fest in die EU-Prozesse und -Strukturen eingebunden wird und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung aufrechterhalten werden. Wir betonen die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und Solidarität bei der gemeinsamen Bewältigung von Herausforderungen, beispielsweise bei Einmischung aus dem Ausland, Desinformation, Migration und den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie. Wir sehen der Durchführung der ersten zwischenstaatlichen Konferenzen mit Albanien und Nordmazedonien mit großem Interesse entgegen. Wir sind der Auffassung, dass die Konferenz über die Zukunft Europas die Vertreter der Westbalkanstaaten aktiv beteiligen sollte, und zwar sowohl auf Regierungsebene als auch auf Ebene der Zivilgesellschaft und der Jugend;
- verurteilen die Entscheidung der russischen Behörden, Alexej Nawalny zu verhaften und zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen, was einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht und die Verfassung der Russischen Föderation darstellt. Wir fordern die russischen Behörden auf, Nawalny und alle weiteren friedlichen Demonstranten, die während und nach den Demonstrationen im Januar und Februar willkürlich verhaftet wurden, unverzüglich freizulassen sowie die Gewalt und Einschüchterung gegenüber politischen Aktivisten, Menschenrechtlern und Journalisten zu beenden. Wir sind der Auffassung, dass die jüngsten Entwicklungen in Russland erneut deutlich machen, dass es notwendig ist, die Strategie der EU gegenüber der russischen Regierung zu überdenken und neu zu gestalten und die Unterstützung der EU für die Bürgerinnen und Bürger Russlands auszuweiten. Wir fordern, gegebenenfalls das kürzlich verabschiedete globale EU-Menschenrechtssanktionsregime der EU (EU-weites Magnitsky-Gesetz) seitens der EU zu nutzen, um all diejenigen zu bestrafen, die für Menschenrechtsverletzungen in Russland verantwortlich sind;
- begrüßen den Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, bei dem es sich um ein ausgewogenes Abkommen handelt, das die Integrität des Binnenmarktes und die Unteilbarkeit der vier Freiheiten schützt und die negativen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dadurch begrenzt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft Rechtsicherheit verschafft. Wir bedauern, dass das Abkommen keine Bestimmungen über die Außen- und Sicherheitspolitik enthält, obwohl die politische Erklärung von 2019 eine solche Zusammenarbeit vorgesehen hatte. Wir heben hervor, dass es im Interesse beider Seiten liegt, eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit in diesen Bereichen zu pflegen. Wir unterstützen die im Abkommen vorgesehene Einrichtung einer Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung (*Parliamentary Partnership Assembly*) für Mitglieder der europäischen Parlamente und des britischen Parlaments;

- begrüßen das erneuerte Bekenntnis der US-Regierung zur Stärkung globaler Bündnisse, insbesondere des transatlantischen Bündnisses, und zur Wiederherstellung von Vertrauen in die multilaterale regelbasierte Ordnung. Wir begrüßen die Initiative der Kommission und des EAD zur Erarbeitung einer neuen, auf die globale Lage von heute zugeschnittenen transatlantischen Agenda wie in der Mitteilung über eine neue transatlantische Agenda für den globalen Wandel vorgestellt. Wir sind der Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in Bezug auf die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen, Klimawandel, Verteidigung und Sicherheit, Demokratie, den Schutz von Menschenrechten weltweit, Technologie, Handel und Standards verstärkt werden kann;
- unterstreichen die Notwendigkeit, eine neue und einheitliche EU-China-Strategie zu etablieren, die der Komplexität und dem Umfang der Beziehungen der EU zu China Rechnung trägt. Wir unterstützen entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2020 den an die Kommission und den Hohen Vertreter gerichteten Appell, bis März 2021 einen Fortschrittsbericht über die strategischen Perspektiven EU-China vorzulegen. Wir erinnern an die Notwendigkeit, weiterhin alle Themen der Agenda auf beiden Seiten anzusprechen, und erkennen an, dass die EU einerseits ihre Bemühungen um eine stärkere Zusammenarbeit im Hinblick auf den Klimawandel und die Umwelt fortsetzen, andererseits aber ihre Ablehnung der jüngsten Entwicklungen in Hongkong und des Umgangs mit ethnischen und religiösen Minderheiten auf chinesischem Hoheitsgebiet deutlich machen und ein stärkeres Engagement Chinas im Bereich der Menschenrechte fordern sollte.

Marcos Perestrello, Abgeordneter des portugiesischen Parlaments

Vorsitzender des Ausschusses für nationale Verteidigung, Leiter der Delegation der Assembleia da República

David McAllister, MdEP

Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des EP,

Vorsitzender der EP-Delegation